

2010-03-03

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die
Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 25.02.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:45 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald Anwesend ab TOP 5.2

Fraktion der SPD
Hartmann, Robert
Dreibrodt, Hans-Peter Anwesend bis TOP 7.1

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Prof. Dr.

Fraktion der FDP
Plettner, Ulrich Dr. Vertreter für Herrn Dr. Neubert

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anfragen oder Änderungen vorgebracht, sie wurde in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde in der ausgereichten Form einstimmig bestätigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2010**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 14.01.2010 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Ergänzung seiner Aussagen im TOP 6.1 „Aufhebung der Flugpausenzeiten für den Flugplatz Dessau-Roßlau“, Vorlage: DR/BV/304/2009/I-12, Seite 7, beantragt. Die Äußerungen werden folgendermaßen ergänzt:

*Nach der Anfrage von **Herrn Otto** zu den derzeitigen Regelungen der Pausenzeiten zwischen Starts und Landungen an **Herrn Klein**, der daraufhin auf die Notwendigkeit einer heutigen Beschlussfassung hinwies, stellte Herr Otto die **Anträge**, den Beschlussvorschlag hinsichtlich einer zeitlichen Befristung von einem Jahr zu begrenzen sowie zwischen dem Neustart und der Landung eines Flugzeugs eine Zeit von 1 Stunde während der Pausenzeiten einzuräumen.*

Mit dieser Ergänzung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 14.01.2010 wurde einstimmig mit den o. g. Ergänzungen bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Gremiums vom 14.01.2010

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.01.2010:

Vergabe von Planungsleistungen

Generalplanung für die Baumaßnahme: Teilsanierung der Grundschule "Geschwister Scholl", Mauerstraße 35 in 06842 Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/BV/489/2009/VI-65

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Vergabe von Bauleistungen

BV: Abbruch Industriebrache ehem. Junkalor, Los 2: 2. BA - Teilabbruch

Vorlage: DR/BV/500/2009/VI-65

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Information zur Realisierung der Einfriedung des Grundstückes Humpendinckstraße 26, 27 Vorlage: DR/IV/109/2009/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Nach Erläuterung des Ablaufs der Maßnahme - Befreiung von den B-Plan-Festsetzungen für die Ausführung der Einfriedung des Grundstücks und nachfolgender Abstimmung mit dem Gestaltungsbeirat - bezeichnete es **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, als „dickes Ding“, wie die städtische Tochtergesellschaft mit dem Bau der Einfriedung entgegen den Abstimmungen vollendete Tatsachen geschaffen habe. Um die Gründe der Änderung der Ausführung nachvollziehen zu können, forderte er die Vorlage eines Vergleichs der Kosten der ausgeführten Variante mit der Kostenschätzung der Ursprungsvariante. Darüber hinaus sei an dieser Stelle die Einreichung einer Beschlussvorlage notwendig, die eine Duldung der Abweichung und somit eine Korrektur der vorliegenden Beschlusslage beinhaltet.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde darauf verwiesen, dass durch den Bauherrn die Entscheidung im Sinne der ökonomischen Vernunft getroffen wurde und an dieser Stelle zu dieser Entscheidung informiert werde.

Da der Bauherr sich nicht an die Beschlusslage gehalten habe, müsse man sich schon fragen, so **Herr Prof. Dr. Schmidt**, mit welcher Ernsthaftigkeit vorgegangen werde. In Anbetracht vergleichbarer Vorgänge verwahre er sich gegen diese Vorgehensweise.

Es sei eine Verständigung notwendig, antwortete **Herr Schönemann**, wie man künftig in einem eventuellen Wiederholungsfalle vorgehen wolle.

Es sei Aufgabe der Verwaltung, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, den Vollzug der Beschlüsse zu kontrollieren; sowie in dieser Sache, das Verhalten im Aufsichtsgremium der DWG zu thematisieren.

Da eine Heilung des aktuellen Falles nicht mehr möglich sei, schlug **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, vor, in seiner Funktion als Verwaltungsratsvorsitzender der DWG das Gespräch mit der Geschäftsführung zu suchen und in Anbetracht der Vorgehensweise des Unternehmen, eine Missbilligung durch den Bauausschuss auszusprechen.

Diese Verfahrensweise fand die Zustimmung des Gremiums.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2. Stadtbau - Ergebnisse Wissenspatenschaft HS Anhalt (FH) 2009 **Vorlage: DR/IV/002/2010/VI-65**

Nach der mittlerweile dreijährigen Zusammenarbeit der Stadt und der Hochschule Anhalt (FH) wurden die Ergebnisse der Wissenspatenschaft für die Gestaltung von Flächen, die im Rahmen des Stadtbbaus in den zu entwickelnden Landschaftszug integriert wurden, durch **Frau Prof. Dr. Felinks, Hochschule Anhalt (FH)**, vorgestellt. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Erfolgskontrolle auf den Flächen des Kohlehandels und der ehemaligen Andes-Fleischerei sowie in der Quellendorfer Straße zeigen die Vegetationstabellen mittlerweile eine hohe Artendynamik und Artenvielfalt bis hin zu gefährdeten bzw. als verschollen und ausgestorben geltenden Arten. Weitergehend wurden Entwicklungstendenzen im Vergleich zu intensiven Ansaatmischungen erläutert. Für das brach liegende Rodebilleviertel wurde nach Abschluss der Abrissarbeiten eine Substratkartierung vorgenommen und unter Berücksichtigung von Standort und Erscheinungsbild im Rahmen eines Projekts der Bundesstiftung Umwelt eine Planung erstellt.

In der Hoffnung, dass diese Patenschaft nicht die letzte ihrer Art sei, bedankte sich **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, für die Ausführungen.

Auf die Frage von **Herrn Hartman, Fraktion der SPD**, zu Empfehlungen hinsichtlich einer Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere städtische Flächen, antwortete **Frau Prof. Dr. Felinks**, dass eine sofortige Ansaat mit geringer Grammzahl anzuraten sei. Darüber hinaus sei zur Überlebenssicherung städtischer Arten die Wahl eines mageren Oberbodens wichtig. Seitens der Stadt und der Hochschule werde die Fortführung der Patenschaft angestrebt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.3. Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Gymnasium "Philanthropinum" - aktueller Planungsstand - Vorlage: DR/IV/007/2010/VI-65

Nach dem Auftrag des Ausschusses, die aktuellen Planungsergebnisse für den Neubau der Zweifeldsporthalle am Philanthropinum vorzustellen, wurden durch **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, die im Vergleich zur Vorplanung im Rahmen der Beschlussfassung zur Durchführung der Maßnahme vorgenommenen Änderungen im Grundriss, der Anordnung von Zuschauerplätzen und der Fassaden- und Außenanlagengestaltung erläutert. Die Änderungen im Grundriss beziehen sich dabei im Wesentlichen auf die Anordnung der Anbauten an das Hallengebäude. Für Zuschauer wurden Flächen zur Aufstellung von Sportbänken vorgesehen. Auf Empfehlung des Gestaltungsbeirats wurde an der Fassade ein umlaufender Sockel angeordnet. Die Strukturierung, die Ausführung von Applikationen sowie die Farbigkeit der Fassade befinden sich derzeit noch in Diskussion.

Aufgrund des Kostenaufwandes sei die Gestaltung des Platzes vor dem Sport- und Kurshaus nicht Inhalt der Maßnahme, erläuterte Herr Bekierz. Für diese Maßnahme habe man bereits einen Antrag auf Förderung gestellt. Die im Außenbereich vorgesehenen Zaunstellungen und Zugänglichkeiten befinden sich ebenfalls noch in Diskussion.

Die aktuellen Kostenprognosen befinden sich im Rahmen des Maßnahmebeschlusses, hierzu seien nach der Submission des Rohbauloses am 02.03.10 aktuellere Berechnungen möglich.

Der Baubeginn sei für April 2010 vorgesehen. Da der nächste Bauausschuss erst am 15.04.10 stattfindet, werde man, bei klarem Ausschreibungsergebnis einen Eilbeschluss zur Beauftragung anstreben. Die Beendigung der Maßnahme plane man im Juni 2011.

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, erläuterte **Herr Bekierz** die künftigen Zugangssituationen und Wegebeziehungen. Die vorgesehene Führung der Schüler über den Keller, ohne den repräsentativen Eingang des Sport- und Kurshauses einzubeziehen, halte er für ungünstig, meinte **Herr Prof. Dr. Schmidt**. Diese Fehlentwicklung im Konzept der Außenanlagen sollte vermieden werden.

Dieses Thema werde man in die weitergehende Prüfung der Schule und des Schulverwaltungsamtes einbeziehen, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Die Farbigkeit der Fassade – vorgesehen sei durchgefärbter Beton – wurde durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, hinterfragt. **Herr Bekierz** erklärte dazu, dass dies die Vorzugsvariante des Planers sei. In die Kostenprüfung werde man auch die Alternative Sichtbeton mit Anstrich einbeziehen. Nach der laufenden Diskussionen zum Farbton, hier sei der Vorschlag des Planers ein Blauton, werde man entsprechende Bemusterungen durchführen. Konkrete Angaben könne man im nächsten Ausschuss machen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.4. Kreisverkehr Sieben Säulen - Umbau des Verkehrsknotens Sieben Säulen zu einem Kreisverkehrsplatz - Darstellung der Baumaßnahme Vorlage: DR/IV/005/2010/VI-66

Auf der Grundlage des Beschlusses vom 19.05.2009 mit dem Stand der Vorplanung, informiere man nun über die Ergebnisse der Ausführungsplanung des Kreisels an den Sieben Säulen, erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, einfühend. Mit der Verkehrstechnik, den

denkmalpflegerischen Belangen, der Verkehrszeichenreduzierung und Beleuchtung sowie den gewählten Materialien erläuterte er die Schwerpunkte der Planungsfortschreibung.

Nach Konkretisierung der Planungen und Prüfung der Einflussnahme auf den angrenzenden Baumbestand sowie dessen Vitalität wurde nach naturschutzfachlicher Begutachtung durch die Naturschutzbehörde festgelegt, in Fortschreibung der Vorplanung 10 Bäume zu fällen und durch Neu- und Nachpflanzungen zu ersetzen. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und aufgrund der bautechnischen Bedingungen sei das ohne Alternative gewesen. Die Fällungen habe man unter Berücksichtigung der Schutzzeiten bis zum 28.02.10 durchzuführen. Die zeitliche Abfolge und die bereits durchgeführte Maßnahme hätten eine zusätzliche Information des Bauausschusses notwendig gemacht. Dafür, dass dies nicht rechtzeitig geschehen sei, übernehme Herr Pfefferkorn die persönliche Verantwortung.

Für die klaren Worte dankte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Neben der Beteiligung des Bauausschusses habe eine Offenlage der Planung erfolgt. Aufgrund der wesentlichen Änderung der Planung wäre eine erneute Offenlage notwendig gewesen. Er dankte in dieser Sache Herrn Beigeordneten Hantusch für seine Reaktion durch die Festlegung eines sofortigen Baustopps für die Fällarbeiten.

Zur Gestaltung der Verkehrsanlage müsse man darüber hinaus eine grundsätzliche Diskussion führen. Als Gründe hierfür nannte Herr Prof. Dr. Schmidt den hohen Anteil der befestigten Flächen auch außerhalb der eigentlichen Verkehrsanlage, die städtische Funktion des Platzes aufgrund der historischen Befundlage sowie die Befestigung der Mittelinsel durch Pflasterung und die damit verbundene Gefahr der Verunkrautung im Fugenbereich.

Gegebenenfalls werde er einen Änderungsantrag im Stadtrat einreichen.

Das Groß- und auch das Kleinpflaster werden in Beton verlegt und durch Kehrung sei die Pflegeintensivität nicht mit einer gewöhnlichen Pflasterung vergleichbar, erwiderte **Herr Pfefferkorn**.

Zur historischen Befundlage erklärte **Frau Lüttich, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass der Planungsansatz darin bestand, einen kleinteiligeren Platz zu gestalten als der derzeitige Bestand es darstelle. Zur Figur der Verkehrsanlage habe die Verkehrstechnik klare Vorgaben gegeben. Auf der Grundlage historischer Aufnahmen erläuterte sie die Herleitung der Gestaltung. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, ergänzte, dass die Priorität bei der Gestaltung die Anlehnung an die Zeit der Meisterhäuser und Trinkhalle, einschließlich der Umfassungsmauer darstellte. Der entstehende Platz müsse sich zurück nehmen und somit die Aufmerksamkeit auf die Ränder lenken.

Als denkmalpflegerisches Grundprinzip bezeichnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die Fokussierung auf die umliegenden Denkmale und die Reduzierung der notwendigen Eingriffe.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, zitierte diesbezügliche Passagen aus der denkmalfachlichen Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie, die im Anschluss dem Gremium ausgereicht wurde.

In der Diskussion der verschiedenen Gremien habe es jeweils mehrheitliche Zustimmung zur hier gezeigten Gestaltung des Platzes gegeben. Die vorgebrachten Einwände werden zur Kenntnis genommen, eine Änderung mache jedoch einen entsprechenden Antrag erforderlich.

Im Hinblick auf das laufende Verfahren verwies **Herr Pfefferkorn** auf die Veröffentlichung der Maßnahme im Ausschreibungsanzeiger am 26.02.10.

Auch für **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, sei eine alternative Ausführung denkbar, da besonders im Sommer eine Aufheizung des Platzes möglich sei. **Herr Krüger, Fraktion Die**

Linke. Dessau-Roßlau, verwies auf den Meinsdorfer Kreisel mit seiner bepflanzten Innenfläche.

Man habe einen Beschluss zur Vorplanung der Maßnahmen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Jetzt werde Grundsätzliches in Frage gestellt und versucht, alles zurück zu drehen. Für die Arbeit der Verwaltung sei es jedoch unabdingbar, sich auf eine eindeutige Beschlusslage beziehen zu können. Hierzu müsse eine eindeutige Verfahrensweise vereinbart werden. Auch in Bezug auf die Baumfällungen sei ein gewisses Vertrauen zur Verwaltung notwendig, da jegliche Fällmaßnahmen unter vorheriger Begutachtung der Fachbehörde erfolgen. Am Ende eines Prozesses könne man nicht alles verwerfen, hierzu seien zu entsprechender Zeit Änderungsanträge nötig.

Durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurde vorgeschlagen, das Ausschreibungsverfahren laufen zu lassen und die letztendlichen Festlegungen zur Pflasterung oder Begrünung der Bereiche und gestalterische Eingriffe mit dem Auftragnehmer zu thematisieren.

Um Gestaltungsfragen erörtern zu können, schlug **Herr Beigeordneter Hantusch** vor, die Vertreter des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie und der Stiftung Bauhaus in den Bauausschuss zu laden.

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt** wurde die Einbeziehung des Fördervereins Georgium empfohlen.

Da dies öffentlich im Bauausschuss behandelt werde, könne entsprechendes Rederecht beantragt werden, so **Herr Schönemann**.

Einen weiteren Gedanken aufgreifend, hinterfragte **Herr Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, die aktuelle Relevanz des Platzes als Standort für ein Junkers-Denkmal. Auch dies sei in dieser Beratung zu thematisieren, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Um den Zeitbedarf für die Umleitungsführung zu verkürzen, wies **Herr Otto** darauf hin, die Bauzeit in der Ausschreibung vorzugeben und deren Einhaltung als Vergabekriterium zu benennen.

Im Zusammenhang mit der Terminfindung zur Behandlung des Themas im Bauausschuss benannte **Herr Beigeordneter Hantusch** den 18.03.2010 als möglichen Termin für die gemeinsame Sitzung von Wirtschafts-, Bau- und Kulturausschuss zur Behandlung des Leitbildes.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen. Das Thema wird erneut aufgerufen, sobald terminliche Abstimmungen für eine Sondersitzung erfolgt sind.

6. Öffentliche Beschlussvorlagen

6.1. Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes Nr. 108 - Am Elbpavillon Vorlage: DR/BV/041/2010/VI-61

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.2. Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 168 A (vormals 4.1 Rodleben) "Pharmastandort Rodleben/Tornau" im Ortsteil Rodleben
Vorlage: DR/BV/017/2010/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Auf Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, über das zustimmende Votum des Ortschaftsrates Rodleben.

Zur Frage von **Herrn Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, zum Zusammenhang mit der Umbenennung des Pharmaparks in BioPharmaPark, gab Herr Schmidt, **Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, Erläuterungen.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.3. Novellierung des Maßnahmebeschlusses Aufwertung des Dessauer Stadtparks
Vorlage: DR/BV/324/2009/VI-65

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur Einbeziehung des Übergangs vom Stadtpark zum Rathaus-Center, erläuterte **Frau Dr. Lott, Amt für zentrales Gebäudemanagement**, dass der Übergang nicht Inhalt des novellierten Maßnahmebeschlusses sei. Hier gebe es jedoch städtische Betrachtungen, für die Fördermittel beantragt seien. In der Parkgestaltung seien die künftigen Wegebeziehungen bereits einbezogen.

Den Mitteleinsatz in dem entsprechend Anlage C erweiterten Gebiet der Achse zum Bahnhof hinterfragte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**.

Die Achse vom Bahnhof in die Innenstadt, vor allem im Bereich Friedensplatz, weise erhebliche gestalterische Defizite auf, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Aus diesem Grund weite man das Bearbeitungsgebiet in dieser Richtung aus und habe mit dem Ministerium die Verwendung der eingesparten Mittel besprochen. Dabei wurde seitens des Fördermittelgebers Wert darauf gelegt, im Bereich Stadtpark keine Kürzungen vorzunehmen.

In Bezug auf die Gesamtmaßnahme wies Herr Beigeordneter Hantusch auf den mit ca. 200 T€ im Vergleich zur Gesamtinvestition von ca. 1,8 Mio. € äußerst geringen Eigenanteil der Stadt hin.

Die hohe Gestaltungsqualität in Teilbereichen des Stadtparks, die sich durch aktuelle Baumaßnahmen in diesem und im nächsten Jahr ergänzen werde, strebe man auch für den Bereich Friedensplatz an.

Um die Kostenänderungen in den Einzelmaßnahmen nachvollziehen zu können, wurde der Vorlage die Anlage F beigefügt, so der abschließende Hinweis von **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.4. **Maßnahmebeschluss Welterbe - Georgengarten
 Vorlage: DR/BV/349/2009/VI-65**

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, erläuterte **Frau Dr. Lott, Amt für zentrales Gebäudemanagement**, die Gebiete der geplanten Baumfällungen im Bereich der Sieben Säulen, im Heiligen Hain sowie im Bereich der Querallee. Dass mit 130 Stück die Anzahl der Fällungen der Anzahl der Neupflanzung entspricht, sei zufällig, die Standorte seien unterschiedlich. Die neue Zugangssituation von der Gropius- und Puschkinallee sowie durch die Sieben Säulen erläuterte sie nachfolgend auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.5. **Ersatzneubau Brücke (BW 133) Hauptstraße über die Rossel
 Vorlage: DR/BV/024/2010/VI-66**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.6. **Klimaschutzkonzept der Stadt Dessau-Roßlau
 Vorlage: DR/BV/490/2009/VI-83**

Einführend stellte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, Herrn Schneider als Bearbeiter des Klimaschutzkonzepts vor, verwies auf die breite Einbeziehung der städtischen Akteure und stellte die Schwerpunkte des Konzepts vor. Neben der Datenerfassung, der einwohnerspezifischen CO₂-Bilanz und deren Entwicklung in den Vorjahren, erläuterte sie die CO₂-Minderungspotenziale in der Stadt und die Trendprognosen der kommenden Jahre.

Als wichtigen Aspekt der weiteren Arbeit beschrieb Frau Dr. Kegler den Einsatz eines Klimaschutzmanagers. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation strebe man eine 80 %-ige Förderung der Sach- und Personalkosten an. Zur Beantragung der Förderung bat sie um Zustimmung bereits nach Beschlussfassung durch den Ausschuss. Der notwendige Eigenanteil werde durch die städtischen Eigengesellschaften und –betriebe erbracht, wobei die DVV bereits ihre Zustimmung erteilt habe.

Hinsichtlich der Auswertung weiterer Klimakiller, z. B. Schwefelhexachlorid, die durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, hinterfragt wurde, verwies **Frau Dr. Kegler** auf die gesetzliche Kompetenz des Bundes.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, der eingangs seinen Respekt vor der geleisteten Arbeit äußerte, fragte nach der Aktualisierung des vorliegenden Tabellenwerks im Rahmen einer Fortschreibung in den Folgejahren.

Dies sei Aufgabe des Klimamanagers, antwortete **Frau Dr. Kegler**. Auf die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zu den Kosten des Konzepts nannte sie den Betrag von 14.000 €

Vor dem Hintergrund des aktuellen und der Prognosen für den künftigen Winter sei die bisherige Überspitzung der Klimaprobleme in Frage zu stellen, meinte **Herr Otto**. Hinsichtlich des Klimamanagers sei der vorhandene Mitarbeiterstamm zu prüfen, da bereits ingenieurtechnisches Personal vorhanden sei.

Man werde, antwortete **Frau Dr. Kegler**, erst eine interne Ausschreibung der Position vornehmen und anschließend bei Bedarf erweitert extern ausschreiben. Die durch Herrn Otto angesprochenen handwerklichen Fehler des Weltklimarates seien sicher gesondert zu bewerten.

Die Wichtigkeit des Klimamanagers als Kümmerer vor allem zur Verdeutlichung des Einsparpotenzials in den Privathaushalten wurde durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, unterstrichen. Der notwendige Eigenanteil sei im Vergleich zu den Zuschüssen vertretbar.

Nachdem **Frau Dr. Kegler** die Frage von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, zur Datenbasis und den erfolgten Hochrechnungen beantwortet hatte, informierte sie darüber, dass die Vorlage nicht im Finanzausschuss sondern nachfolgend im Wirtschaftsausschuss und abschließend im Stadtrat behandelt werde.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

6.7. Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums am Standort Kristallpalast Vorlage: DR/BV/063/2010/Linke

Eingangs bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu entschuldigen, dass alle Fraktionen als Einreicher auf der Vorlage vermerkt seien, obwohl nur die Fraktionen Pro Dessau-Roßlau und Die Linke.Dessau-Roßlau abgezeichnet haben.

Im Namen der **SPD-Fraktion** erklärte **Herr Dreibrodt**, keine inhaltliche Kenntnis von der Vorlage gehabt zu haben. Für die künftige Arbeit sei diese Vorgehensweise nicht tragbar. Die Beschlusspunkte seien mit vielen Fristsetzungen zum Betreiber- und Finanzierungskonzept verbunden, die sich im Widerspruch zu den Veröffentlichungen in der Presse befinden. Zum Problem Stellplatznachweis bestehe Klärungsbedarf. Darüber hinaus erinnerte er an die Ausführungen in der Sitzung vom 14.01.2010 zum Investor.

Fakt sei, so **Herr Schönemann**, dass kein Betreiber- und Finanzierungskonzept bei der Stadt vorliege. Entsprechend dem in der Beschlussvorlage aufgezeigten Ablauf sei eine Zug-um-Zug-Verfahrensweise vorgesehen. Diskussionen mit gegenseitigen Schuldzuweisungen seien wenig zielführend.

Seine Fraktion und er persönlich seien der Meinung, dass die Beschlusspunkte 5 und 6 ungeeignet für eine Entscheidung seien, so **Herr Dreibrodt**. Die Vorgehensweise des Investors sei nicht nachvollziehbar, er habe die verabredeten Hausaufgaben nicht gemacht.

Man bereite hier maßvoll eine Entscheidung vor, erwiderte **Herr Schönemann**, und erwarte einen fairen Umgang der Beteiligten.

Aufgrund der Gemeindeordnung seien die Punkte 5 und 6 nicht öffentlich zu behandeln, erklärte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Andernfalls seien diese Punkte vor der Entscheidung zu streichen.

Herr Mau, Fraktion der CDU, verwies auf seine Äußerungen im Rahmen der letzten Stadtratsitzung und fragte nach neuen Erkenntnissen des Ausschussvorsitzenden. Von dessen Arbeitsweise sei er enttäuscht, die Art und Weise des Vorgehens sei zu prüfen und der Sache als nicht dienlich zu bezeichnen.

Es sei der politische Ansatz der Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau die Sache auf den Punkt zu bringen, so **Herr Schönemann**. Die Einreichung erfolgte nicht in seiner Eigenschaft als Ausschussvorsitzender.

Falls die Punkte 5 und 6 aus den Beschlussvorschlägen gestrichen werden, ergebe sich eventuell eine Mehrheitsfähigkeit, äußerte **Herr Dreibrodt** und fragte nach den Ergebnissen der Recherchen des Investors im Wirtschaftsministerium.

Das Angebot, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, gemeinsame Gespräche im Wirtschaftsministerium zu führen, sei durch den Investor nicht angenommen worden.

Durch **Herrn Kolze, Fraktion der CDU**, wurde an die Beteiligten appelliert, sich bei diesem Thema mit hoher Bedeutung für die Stadt auf die Diskussion zur Sache zu konzentrieren und die Details zum MVZ und Vertragsangelegenheiten im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Auch den unnötigen Email-Verkehr des Fördervereins in Richtung Stadtverwaltung und Politik in der Vergangenheit bezeichnete er als kontraproduktiv.

Durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, wurde der **Antrag** gestellt, die weitere Behandlung der Vorlage in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben.

Dieser Antrag wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der **Verweisung der Beschlussvorlage** zur Behandlung im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung wurde mehrheitlich zugestimmt.

6.8. **Prioritätensetzung Bauinvestitionen in Zuständigkeit des Tiefbauamtes** **Vorlage: DR/BV/062/2010/BL/Gr**

Einführend erläuterte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, den anstehenden Investitionsbedarf im Bereich Straßenbau in Höhe von rund 180 Mio. €, wobei die Ortsumfahrungen Roßlau/Tornau und Mosigkau noch nicht einbezogen seien. Unter Bezugnahme der getätigten Straßenbauinvestitionen in den Jahren 1990 bis 2008 in Höhe von 225 Mio. € bedeute dies in der Weiterführung jährliche Investitionen von 12,5 Mio. €. In Anbetracht der künftigen Haushaltssituation halte er ein Überdenken der Prioritätensetzung für notwendig.

Mit dem 2. Bauabschnitt der B 185, dem Ersatzneubau der Muldebrücke sowie der Schechterschanze nannte er drei Maßnahmen, die in den Prioritäten bis zum Jahr 2014 keine Aufnahme fanden. Darüber hinaus werde der Investitionsstau im Bereich der Anliegerstraßen und im Hauptstraßennetz nicht aufgelöst und für Maßnahmen zur Innenstadtberuhigung stehen keine Mittel zur Verfügung.

Am Beispiel der Askanischen Straße sei ersichtlich, dass Umbaumaßnahmen der Vergangenheit nicht die erhoffte deutliche Entlastung und Verkehrsberuhigung gebracht haben, so dass die aktuellen Prognosewerte zu prüfen seien.

Detailliert ging Herr Prof. Dr. Schmidt auf die Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung mit bzw. ohne die Errichtung der Ostrandstraße ein.

Als Vorschlag und Fazit seiner Ausführungen warb er für die Prüfung der bisherigen Prioritäten und gezielte Investitionen im Bereich Straßenbau. Baulichen Maßnahmen des Lärmschutzes im Bereich der Karlstraße und Friederikenplatz sowie Maßnahmen der Verkehrslenkung sei der Vorrang gegenüber dem Straßenneubau der Ostrandstraße zu geben, da ansonsten dringende Maßnahmen am bestehenden Netz verhindert werden.

Mit dem Hinweis, dass die Thematik Ostrandstraße nicht Inhalt der Vorlage sei, legten **Herr Trocha, Fraktion der CDU**, und **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, Einspruch ein.

Man habe vor 2 bis drei Monaten, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, einen sehr detaillierten Vortrag eines Verkehrsexperten des Fachamtes zur Prioritätensetzung wie auch zur Ostrandstraße gehört. Nun solle wieder alles zurück gedreht werden, was eine extreme Belastung der Verwaltung darstelle

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

3 : 4 : 2

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

Zur Thematik Junkalor-Gelände sei durch den Verein „Industriekultur Hugo Junkers“ die Bitte heran getragen worden, an dieser Stelle eine Erklärung abgeben zu können und ein Papier zu übergeben, informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Dem Antrag auf Erteilung des Rederechts für den Vereinsvorsitzenden wurde zugestimmt. Der Erweiterung des Rederechts auf Herrn Prof. Kalvelage, die durch **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, beantragt wurde, wurde ebenfalls zugestimmt.

Durch **Herrn Tornack, Verein „Industriekultur Hugo Junkers“**, wurde der Verein als ein Akteur zum Erhalt von Teilen des Junkalor-Geländes beschrieben. Für die Stadt Dessau als Stadt der Moderne sei der Abriss des Gesamtareals kontraproduktiv, es werde an dieser Stelle ein Moratorium gefordert, öffentliches Interesse am Erhalt angemeldet und eine Reaktion des Bau-

ausschusses erwartet. Das Konzept des Vereins zum Erhalt des ehemaligen Kaloriferwerkes befinde sich derzeit in Bearbeitung, ein Stopp der Abrissmaßnahmen sei erforderlich. Gefordert werde die Einsicht in den Fördermittelbescheid und die Vorlage der Planung der Stadt zur Entwicklung des Geländes. Darüber hinaus bedarf der Flächennutzungsplan einer Überarbeitung im Bereich zwischen der Bahnlinie und Dessau-Alten; anzustreben sei ein klassisches Mischgebiet auch für das Junkalor-Gelände zur Ansiedlung von Kultur und Gewerbe sowie Ausstellungs- und Kongresshallen. Neben der Zusammenarbeit mit der Junkers-Stiftung könne man sich den Standort für den Sitz eines zu gründenden Junkers-Instituts vorstellen. Abschließend wurde durch Herrn Tornack darum ersucht, Einblick in das Verfahren der Zusammenarbeit mit dem potentiellen Investor zu bekommen.

Herr Prof. Kalvelage, Hochschule Anhalt (FH), der sich seit einem Jahr dem Thema Junkers widmet, legte Wert auf eine sorgfältige Interpretation des Themas und unterstrich die Meinung seines Vorredners. Er verwies darauf, dass es sich hierbei um das letzte authentische Junkers-Gelände handle und mittlerweile bundesweite Gesprächskontakte geführt werden. Der Erhalt des Geländes sei Grundlage der touristischen und kulturellen Entwicklung in Dessau, da man Junkers als dritte Säule neben dem Bauhaus und dem Gartenreich bezeichnen könne. Man bewege sich hier auf dem Niveau eines nationalen Kulturerbes, wenn nicht sogar Weltkulturerbes. Auch die Rolle von Junkers im politischen Raum sei in die Betrachtungen einzubeziehen. Er halte ein Moratorium für notwendig, bat um diese Zeit zum Nachdenken und würdigte das Angebot der jüngeren Generation zur Kooperation.

Das Moratorium werde ausdrücklich unterstützt, so **Herr Busch**. Die Frage an die Verwaltung sei nun, ob man kurzfristig eine Kostenprüfung der Auswirkungen dieser Auszeit vornehmen könne. Er sei beeindruckt von den bisherigen Leistungen des Vereins und plädierte für ein 4-wöchiges Moratorium, damit der Verein ein belastbares Konzept aufstellen kann.

Das Ansinnen werde zur Kenntnis genommen, erklärte **Herr Schönemann**. Ein Kompromiss sei sicher möglich, nach interner Klärung werde man die Entscheidung dem Verein bekannt geben.

Dass das Engagement des Vereins positiv zu bewerten sei, bestätigte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, jedoch fehle der Glaube an die Umsetzbarkeit, da man für eine solche Aufgabe einen Vollzeit-Kümmerer benötige, wie andere Projekte wie die Brauerei oder das Schwabehaus gezeigt hätten. Eine Auszeit von 4 Woche sei sicher möglich, um dem Verein die Möglichkeit zur Prüfung seines Vorhabens zu gewähren.

Das ehrenamtliche Engagement des Vereins mit dem Anliegen an die Stadt, 4 Wochen Zeit für eine Konzepterstellung zu bekommen, sollte Unterstützung des politischen Raums finden, so **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**.

Bereits in den Gesprächen mit der Stiftung Bauhaus, Herrn Prof. Oswald habe man sich auf die Notwendigkeit des Abrisses der Gebäude verständigt und dies Herrn Prof. Kalvelage unmissverständlich mitgeteilt, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Im weiteren Verlauf ging eine Vielzahl von telefonischen Anfragen und Emails des Vereins und von Herrn Prof. Kalvelage zum Thema ein. Mittlerweile sei die Verwaltung aufgefordert, eine Stellungnahme dem Kultusministerium vorlegen zu müssen, da Herr Prof. Kalvelage dort vorstellig wurde. Es müsse klar und deutlich gesagt werden, dass es im Stadtgebiet beispielsweise mit dem Mausoleum, Georgium und dem Wasserturm eine Vielzahl Standorte mit ähnlicher historischer Bedeutung und erforderlichen Investitionen gebe. Mit der vorzulegenden Konzeption und den notwendigen Investoren, die das Vorhaben unterstützen, sei der Aufwand für den Verein als sehr hoch einzuschätzen, so dass der Glaube an der Aufstellung eines belastbaren Konzeptes sowie dessen Umsetzung fehle. Darüber hinaus sei die Argumentation in Richtung Tourismus nicht tragfähig. Vorrang habe nach wie vor das Angebot, die freigeräumten Flächen an potentielle Investoren zu übergeben, um Ansiedlungen der Wirtschaft zu generieren.

Man werde in den nächsten Tagen die Alternativen prüfen, so **Herr Schönemann** abschließend, und dem Verein die verbindliche Entscheidung mitteilen.

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1. Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung - IBA Stadtumbau 2010 Auswertung der Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2009 Konzept der IBA-Ausstellung Vermarktungskonzept der IBA-Geschäftsstelle

Durch **Herrn Willinghöfer**, verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der **IBA Büro GbR**, wurde zum Vermarktungskonzept für die IBA Stadtumbau 2010 informiert und die Maßnahmen im Präsentationsjahr vorgestellt.

Die Zwischenfrage des **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zur Abstimmung des Inhalts der Stadtbroschüren mit den jeweiligen Städten wurde durch **Herrn Willinghöfer** verneint.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, ergänzte die Erläuterungen hinsichtlich der Ausführung der DOCstation vor dem Hauptbahnhof und informierte anschließend über das Konzept der stadteigenen IBA-Ausstellung im Bahnhof. Zur Erläuterung der Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2009 machte sie darauf aufmerksam, dass die in den Kalenderblättern genannten Veranstaltungen ein reges Echo der örtlichen Presse hervorriefen. Dazu liege ein Pressespiegel vor. Die Kalenderblätter werden ab Mitte März auch wieder im Internet einsehbar sein. Es wurde vereinbart, die Unterlagen zur Öffentlichkeitsarbeit 2009 als Anlage des Protokolls zur Kenntnis zu geben.

Zur Frage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, hinsichtlich der Schulung der Stadtführer, verwies **Frau Jahn** auf die bisher dreimal durchgeführte Schulung zur Thematik Stadtumbau und Internationale Bauausstellung.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.2. Optionsflächen im Stadtgebiet zur Ansiedlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Hartmann aus der Bauausschusssitzung von 14.01.2010 informierte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, über die rechtlichen Rahmenbedingungen, wirtschaftlichen Aspekte und die Flächenverfügbarkeit zur Ansiedlung von Freiflächenphotovoltaikanlagen im Stadtgebiet. Im Ergebnis stellte er entsprechende Positiv- und Negativflächen dar und benannte das Gewerbegebiet auf dem Flugplatz als derzeit einzig relevante Fläche für diese Ansiedlungen. Es wurde vereinbart, die Präsentation zum Thema als Anlage dem Protokoll beizufügen.

Als Quintessenz seines Vorredners, stellte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung** heraus, dass die Flächen am Flugplatz, die bereits Inhalt der vorangegangenen Ausschusssitzung waren, das einzige attraktive Angebot für den Investor im Stadtgebiet darstellen. Er bat um Vertrauen gegenüber der Verwaltung in der Prüfung solcher Vorhaben und der Vorbereitung entsprechender Entscheidungen. Nach Ablehnung der Befreiung von den B-Plan-Festlegungen für diese Ansiedlung durch den Bauausschuss, die mit Einnahmeverlust-

ten in Höhe von ca. 4 Mio. € verbunden seien, prüfe man derzeit die Errichtung einer Anlage in reduziertem Umfang.

Die Voraussetzungen zur Ansiedlung des Investors seien zeitnah zu schaffen, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Die Erteilung der Genehmigung sei sicher möglich.

Die Frage von **Herrn Kolze, Fraktion der CDU**, zur notwendigen Beteiligung der Flugsicherheitsbehörden im Genehmigungsprozess wurde durch **Herrn Schmidt** bejaht.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Zu der durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, angefragten Giebelgestaltung im Zusammenhang mit der durch die DWG durchgeführten Sanierungsmaßnahme in der Kavalierstraße, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung** über ein Schreiben an die DWG-Geschäftsführung, die die Aufforderung zum Inhalt hat, die Umsetzung des Giebels entsprechend den Abstimmungen mit dem Gestaltungsbeirat durchzuführen.

Hierbei solle man die Integration der durch das Anhaltische Theater beabsichtigten Projektion auf der Giebelfläche sowie die Anordnung einer Pergola im Geschäftsbereich prüfen, merkte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, an. Im Zusammenhang mit der als unbefriedigend zu bewertenden Gestaltung des Projekts der Wohnungsgenossenschaft in der Reinickestraße, bat er – nach Vorlage der Bauantragsunterlagen - um Vorstellung der Planung des Wohnungsunternehmens zur Sanierung in der Muldstraße im Bauausschuss.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:45 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 03.03.2010

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlagen:

1. Anwesenheitsliste
2. Präsentation: IBA Stadtumbau 2010 - Öffentlichkeitsarbeit 2009
3. Präsentation: Zur Berücksichtigung der EEG – Anforderungen in der Bauleitplanung am Beispiel großflächiger Photovoltaikanlagen – Auswirkungen auf die Standortwahl im Stadtgebiet von Dessau-Roßlau